

BUNDESKONFERENZ DER VOLKSHILFE ÖSTERREICH

10. MAI 2023, WIEN, URANIA

RESOLUTION

SOZIALE KLIMAGERECHTIGKEIT

Klimakrise ist größte soziale Herausforderung unserer Gegenwart

Seit ihrer Gründung 1947 identifiziert die Volkshilfe gesellschaftliche Missstände und bewirkt politische Veränderung, indem sie sich den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und des gelingenden, selbstbestimmten Lebens für alle verpflichtet sieht. Gegenwärtig zählt die Klimakrise zu den größten sozialen Herausforderungen der Menschheit, im Zuge derer zunehmend planetare Belastungsgrenzen¹ überschritten werden. Jahrzehntelange Ausbeutung von Menschen und Natur treiben soziale Ungleichheit, Artensterben und irreversible Kippunkte im Ökosystem voran. Um die Klimakrise – und die damit einhergehend soziale Krise – zu entschärfen, ist die wirksame Bekämpfung von klimakrisenbedingter Armut und sozialer Ungleichheit ein entschiedenes Anliegen der Volkshilfe.

Klimagerechtigkeit als Zukunftsperspektive

Klimagerechtigkeit bedeutet, den Umgang mit den Ursachen, Folgen und Kosten der Klimakrise zu regeln, ohne dabei Menschen zu benachteiligen.

Der Erhalt der Ökosysteme und damit unserer Lebensgrundlage ist Teil des Grundwertes Gerechtigkeit und folglich eine zutiefst soziale Frage. Die Verknüpfung von klima- und verteilungspolitischen Maßnahmen ist zukünftig absolut notwendig, um soziale Ungleichheiten abzubauen. Dementsprechend muss der Diskurs rund um die Klimakrise menschenzentriert sein.

Derzeitige Auswirkungen der Klimakrise

Alle Sommer der vergangenen 5 Jahre mit Ausnahme der Jahre 2016 und 2020 zählen zu den Top 5 der heißesten Sommer der österreichischen Messgeschichte.

¹ Die natürlichen Kapazitäten der Ökosysteme, die den Handlungsspielraum des Menschen auf der Erde festlegen, werden als "planetare Grenzen" bezeichnet.

Diese extremen Hitzetage spiegeln sich auch in den Schätzungen der Hitze-assoziierten Mortalität wieder. Im Sommer 2018 war die Übersterblichkeit mit 550² Hitze-assoziierte Todesfällen besonders hoch.

Besonders stark von Hitzewellen betroffen sind ältere Menschen, Säuglinge, Kinder, Menschen mit Herz-Kreislauf- oder psychischen Erkrankungen, Personen mit eingeschränkter Mobilität, einsame Menschen sowie Armutsbetroffene. Letztere insofern, da sie häufiger in dicht verbauten Gebieten (Hitzeinseln) mit hohem Verkehrsaufkommen leben und ein geringeres soziales Netzwerk haben, das sie in Notsituationen unterstützt. In ärmeren Haushalten wohnen außerdem durchschnittlich mehr Menschen auf engem Wohnraum, was bei Hitze zusätzlich belastet.

Aufgrund der steigenden Temperaturen sind in Österreich zudem verstärkt Pollenbelastungen bzw. Allergien und die Ausbreitung von Zecken bzw. tropischen Stechmückenarten und damit einhergehenden Infektionskrankheiten (Dengue-Fieber, Borreliose oder FSME) zu beobachten.

Was passiert, wenn wir nichts tun

Mit dem Klimaschutz-Übereinkommen von Paris 2015 haben sich 195 Länder, darunter Österreich sowie die EU, darauf geeinigt, die Erderwärmung bis 2100 weltweit im Vergleich zu 1850 auf maximal 2° zu begrenzen, wobei 1,5° angestrebt werden.

Sollten die Staaten den Ausstoß an Treibhausgasen nicht deutlich reduzieren, sind die Prognosen des Welt-Klimarats (2023)³ sehr ernüchternd: So könnte die Temperatur um rund 5° ansteigen und der Meeresspiegel um knapp 100 Zentimeter. „Die Folgen wären – und an dieser Stelle kann man nichts beschönigen – katastrophal“ (Hutter, 2021). Die Hitze verunmöglicht dann menschliches Leben an den meisten Orten (Raftery et al)⁴.

Ungleiche Verursacher

Weltweit, wie auch in Österreich, tragen die Vermögenden überproportional zur Klimazerstörung bei. Die reichsten 10% der österreichischen Bevölkerung verursachen mehr als viermal so viel Treibhausgase als die ärmsten 10%. Global betrachtet ist die Diskrepanz der Verantwortlichkeit noch deutlicher: Die Reichsten 10% verursachen 52% des CO₂-Ausstoßes. Gekoppelt sind dieser Reichtum und die Klimaschäden häufig an fossile Unternehmen. So zählen BP

² Vgl. Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (2023): <https://www.ages.at/umwelt/klima/klimawandelanpassung/hitze>.

³ Welt-Klima-Rat (2023), Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen bzw. IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change. https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-SYR.pdf.

⁴ Raftery et al. (2017), <https://www.nature.com/articles/nclimate3352>, Grafik öffentlich einzusehen unter „Folgen der Erderhitzung“ S. 5 <https://www.bartholomae.de/pdf/ZukunftohneZukunft.pdf>.

oder Shell zu jenen 20 Unternehmen, die zusammen für ein Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind.

Ungleiche Auswirkungen

Die körperlichen, psychischen und finanziellen Schäden als Auswirkung der Klimakrise treffen aber bei Weitem nicht alle gleich. Die Ärmsten der Welt, die die Klimakrise am wenigsten zu verantworten haben, sind den größten klimakrisenbedingten Risiken ausgesetzt. Armutsbetroffene haben ohnehin schon geringere (Über-)Lebenschancen und verfügen obendrein über weniger finanzielle und materielle Möglichkeiten, um Risiken abzumildern oder Schäden beheben zu können. Die Klimakrise verschärft nun bestehende Ungleichheiten und verringert (Über-)Lebenschancen.

Von Schuldzuweisungen zur Verantwortungsübernahme

Protestaktionen, die mehr Klimaschutz einfordern, verunglimpfen konservative Stimmen derzeit als „Klima-Terrorismus“. Gegenstimmen werten hingegen den geringen politischen Willen zur Problemlösung als kriminellen Akt. Es wird verabsäumt, ein sinnvolles Klimaschutzgesetz auf den Weg zu bringen, es wird weiterhin in Öl und Gas investiert und damit enorme Profite für eine vermögende Minderheit auf dem Rücken der Mehrheit erwirtschaftet.

Klimaschutzmaßnahmen müssen den unökologischen Lebensstil reicher und politisch mächtiger Bevölkerungsgruppen regulieren, während ärmere Bevölkerungsgruppen dabei unterstützt werden müssen, sich eine ökologische Lebensweise leisten zu können. Dabei geht es allen voran um strukturelle Maßnahmen, die für alle ein klimafreundliches Leben möglich, erstrebenswert und alltagstauglich machen.

Handlungsspielräume

Es sind enorme Anstrengungen auf allen Ebenen erforderlich, um die Klimakrise zu entschärfen. Die Volkshilfe ist sowohl als Teil der Zivilgesellschaft gefordert als auch als große Arbeitgeberin. Mit ihrem umfassenden Netzwerk und durch Kooperationen wird sich die Volkshilfe auf nationaler wie internationaler Ebene für Klimagerechtigkeit einsetzen. Im Fokus steht dabei das Zusammenspiel von Klimakrise, Ungleichheiten und der Verfolgung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung.⁵

Die Volkshilfe bekennt sich zum ambitionierten 1,5°C Ziel des Übereinkommens von Paris (COP21) und ist davon überzeugt, dass es die Bemühungen von allen braucht, um diese gewaltige Herausforderung auf eine sozialverträgliche Weise zu meistern.

Die Bundeskonferenz der Volkshilfe Österreich beschließt die Annahme der Resolution „Soziale Klimagerechtigkeit“.

⁵ <https://17ziele.de/info/was-sind-die-17-ziele.html> (zuletzt am 09.02.2023).